

## Die Politik J. B. v. Schweizers und die Sozialdemokratie.

Von **H. Laufenberg.**

(Schluß.)

### III.

Schon die auf Beseitigung der Koalitionsverbote und Eroberung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes gerichteten Beschlüsse des Stuttgarter Vereinstags bedeuteten für die fortschrittlichen Arbeitervereine einen entschiedenen Ruck nach links. Mehr noch galt dies von dem Programm der sächsischen Volkspartei, die am 19. August 1866 zu Chemnitz ins Leben trat, als eben der Donner von Königgrätz verhallt war. Über den kleinbürgerlich-demokratischen Boden ging freilich auch dieses Programm nicht hinaus. Trotz mancher Verührungspunkte mit den Forderungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins verstand es unter dem allgemeinen Wahlrecht weder die Herrschaft der Arbeiterklasse im Staat, noch unter der Förderung der Produktivgenossenschaften eine Umwälzung der Produktionsweise im sozialistischen Sinne. In organisatorischer Beziehung erschien die sächsische Volkspartei vollends als der Gegenpol des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Hier ein streng zentralistisches Gebilde, eine reine Arbeiterpartei, die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Demokratie erledigt; dort lokale Dezentralisation, die Grenze zwischen Kleinbürgertum und Arbeiterschaft noch nicht gezogen, das Denken noch im Bannkreis der bürgerlichen Demokratie. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein anerkannte den Deutschen Krieg als ein Ereignis von entscheidender Bedeutung; Berlin sei das Machtzentrum, auf das fortab eingewirkt, dem die übrigen deutschen Staaten angegliedert werden müßten. Dagegen hielt die sächsische Volkspartei an der großdeutsch-demokratischen Einheitstendenz fest, verlangte Zusammenberufung eines alldeutschen konstituierenden Parlaments und Teilnahme an den Wahlen zum norddeutschen Reichstag, „um das Gewaltwerk von 1866 auf dem Boden seiner eigenen Institutionen bis zur Vernichtung zu bekämpfen“. Und wie die sächsische Volkspartei sich überwiegend aus Arbeitern zusammensetzte, war gerade dieser großdeutsch-demokratische Standpunkt Ausdruck ihres proletarischen Kernes. Hatte beim Ausbruch des letzten Krieges die sächsische Großbourgeoisie Anschluß an Preußen gesucht, so kehrten Arbeiter und Kleinbürger nur desto entschiedener den entgegengesetzten Standpunkt hervor, kamen sie den Auffassungen des Revolutionsjahres desto näher, das der deutschen Demokratie den entschiedensten und reinsten Ausdruck verliehen hatte. Das rapide Aufkommen der fabrikmäßigen Industrie setzte Tausende und Tausende von Händen frei. Welche Versöhnung sollte möglich sein zwischen dem Todesgang der Handarbeit und der politischen Institution, die die ökonomische Herrschaft ihrer Todfeinde befestigte? Vernichtung des Gewaltwerkes von 1866, das hieß hier Kampf bis zum äußersten wider entgegenschallendes Elend. Was das Chemnitzer Programm nicht enthielt, enthielt diese Taktik, den Gedanken des Klassenkampfes wider den neudeutschen Klassenstaat. So setzte gerade der Gedanke der proletarischen Taktik beide Organisationen in Gegensatz. Und es war das Fußgewicht der historischen Stellung, wenn die sächsische Volkspartei die Klarheit dieses Gegensatzes trübte und sich der Deutschen Volkspartei anschloß, mit der sie nichts verband als die negative Eigenschaft des

Breußenhasses, der hier jedoch nicht revolutionärer Gesinnung, sondern überwiegend partikularistischer Krähwinkelerei entsproß.

Erklärlich, wenn schon über den Wahlen zum konstituierenden Reichstag die Gegensätze hervorbrachen. Auch im Reichstag traten sie in kurzen, aber scharfen Kontroversen zwischen Liebknecht und Schweitzer zutage. Bald ging das seit Anfang 1868 erscheinende „Demokratische Wochenblatt“, das von Liebknecht redigierte Organ der sächsischen Volkspartei, zu Angriffen auf Schweitzer über, die dieser monatelang unbeachtet ließ. Als dann der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein im August 1868 auf der Generalversammlung zu Hamburg sein Einverständnis mit den Bestrebungen der internationalen Arbeiterassoziation aussprach, wenige Tage später die fortschrittlichen Vereine sich auf der Tagung zu Nürnberg der Internationale förmlich anschlossen, beide Kongresse angeichts der wieder machtvoll auflebenden Lohnkämpfe die Organisation der Berufsbewegung für notwendig erklärten, schien die Möglichkeit einträchtigen Zusammenwirkens gegeben. Ernste Annäherung wurde gesucht und — scheiterte. War für die Gemeinsamkeit auf dem Felde der politischen Bewegung die Zeit noch nicht reif, so noch weit weniger auf dem der wirtschaftlichen. Und die letztere trat diesmal mit um so größerem Gewicht auf, als inmitten einer chaotischen Gärung des Wirtschaftslebens alle die organisatorischen Fragen dringend der Lösung heischten, die das Jahr 1865 unbeantwortet gelassen hatte.

Als der Polizeistaat die interlokale Organisation der Zünfte zerstörte und den Einfluß der örtlichen Gesellschaften auf die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses brach, mußte er eines bestehen lassen, wollte er nicht Jahrhunderte alte Einrichtungen zum Schaden auch der besitzenden Schichten beseitigen: die Zunftkassen. In ihnen pflanzte der organisatorische Gedanke der Zunft sich fort. Aber wie die fortschreitende Arbeitsteilung von dem künftig bestimmten Arbeitsprozeß des Handwerkes eine stets wachsende Zahl freier Handierungen abschält, zersplitterte sie namentlich in den Großstädten mit der alten Gesellschaft auch das Kassenwesen. Stärkung und Zentralisation des letzteren auf lokaler und interlokaler Basis wurde daher das erste Bestreben der Arbeiterschaft. Schon die Arbeiterverbrüderung des Jahres 1848 versuchte die Errichtung von örtlichen Unterstützungskassen aller Art, und plant selbst eine nationale Arbeiterzentalkasse, hauptsächlich freilich zur Förderung von Produktivgenossenschaften. In der Folgezeit werden nicht allein zahlreiche Zunftreste mit Hilfe des Kassenwesens erhalten; in den Manufakturen bilden sich wie bereits früher neue lokale Fachvereine, und der Statutenentwurf, den das Leipziger Zentralkomitee vor der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zur Begutachtung versandte, forderte die Errichtung einer allgemeinen Arbeiterversicherungsanstalt, eine Forderung, die Passalle allerdings aus dem endgültig angenommenen Statut fernzuhalten wußte. Als nun die große Streikbewegung des Jahres 1865 einsetzte, hatte sie nicht nur zur politischen Bewegung, sondern auch zu den Traditionen, Organisationen und Kassen der Vergangenheit ihre Stellung zu finden. Die gelernten Arbeiter der Zunft brachen mit den alten Zuständen mittels der Forderung, die Kasse der modernen Organisation dürfe kein Kranken- und Sterbegeld zahlen, überhaupt keine Unterstützungskasse im alten Sinne, sie müsse Kampfkasse sein. Der überwiegend ungelerten Fabrikarbeiterschaft lagen dagegen ge-

rade die von den Zunftgefelln abgelehnten Unterstützungskarten um so näher, als ihre organisatorische Sammlung notwendig mit dem fabrikmäßigen Zusammenschluß begann. Um diese Bestrebungen schlang die lokale allgemeine Arbeiterunterstützungskasse, wie sie 1865 in Hamburg bestand und die Fabrikarbeiterschaft der Lohnbewegung angliederte, ein erstes Band der Einheit, wobei die Fabrikarbeiterschaft den Beitritt im einzelnen oder nach Fabriken, die Gesellenschaft bei ihrem engeren Zusammenhalt und ihrer gleichartigen Tätigkeit den Beitritt nach Gewerken bevorzugte. Zieh die Zentralkasse in Anlehnung an den Stand der Handwerkskassen die Organisation noch als eine Funktion der Kasse erscheinen, so legte sie auf der anderen Seite den Grund zum örtlichen Berufskartell. Beide traten denn auch selbständig nebeneinander. Damit erhob sich die neue Frage, wie sie einander organisatorisch bei- und unterzuordnen seien. Hinzu kam, daß im Gefolge der Bewegungen des großen Streikjahrs die Manufakturarbeiter zur nationalen Berufsorganisation übergingen, die Buchdrucker auf föderalistischer, die Tabakarbeiter auf zentralistischer Basis, und damit neben die Fragen der lokalen die der zentralen Organisation stellten. Ein Gewirr sich kreuzender, bedeutungsvoller organisatorischer Probleme!

Gegenüber den Lohnkämpfen von 1865 vertrat der „Sozialdemokrat“ die Lassallesche Auffassung. Die sich noch zur Epidemie gestaltende Streikwut lasse sich, zumal im Hinblick auf die politischen Ziele der Arbeiterschaft, nicht vollends billigen. Das Koalitionsrecht sei zwar ein unzweifelhaftes Recht der Arbeiter, und der „Sozialdemokrat“ trete daher nachdrücklich für dasselbe ein; aber die Agitation dafür gehe nicht von den Anhängern der Lassalleschen, sondern von der Schulze-Delitzschen Richtung aus. „Einstweilen aber verbitten wir es uns ernstlichst, daß man uns als solche denunziere, die vom Koalitionsrecht und derlei Dingen eine durchgreifende Verbesserung der Lage der Arbeiter erwarten.“ Der Krieg und die ihm folgende wirtschaftliche Depression legten die neuen organisatorischen Anfänge größtenteils hinweg, ließen einen tiefen Pessimismus nach der wirtschaftlichen Seite Platz greifen. Als dann 1867 in Frankreich und England große Streiks der Bronzearbeiter, Maschinenbauer, Schneider und anderer Berufe ausbrachen, meinte das Blatt: Bürgerliche und proletarische Ökonomie lägen sich zwar aufs heftigste in den Haaren, aber in einem Punkte, in der Betonung der Nutzlosigkeit der Streiks seien sie einig. Die Erfahrung bestätige diese Auffassung, ginge doch die Hälfte der Lohnkämpfe verloren, und die andere Hälfte lasse es zweifelhaft, ob der Verlust den Gewinn aufwiege, wie denn selbst errungene Vorteile vom Kapital häufig genug in Nachteile verkehrt würden. Freilich brächen bei gewissem Hochstand der Industrie Streiks immer wieder herein, denn die Einsicht in das Wesen der Klassengesellschaft beginne bei der Lohnfrage. Da sie besser als irgend ein Mittel sich eigneten, die Arbeiter aus dem Schlummer zu wecken, sei es nicht nur erklärlich, sondern auch notwendig, daß die Arbeiterbewegung in den Anfängen sich allemwärts auf Streiks werfe. Drei Leitsätze ergäben sich. Die Streiks seien notwendig ökonomisch erfolglos. Dagegen gäben sie ein vorzügliches Mittel ab, die Arbeiterbewegung zum Ausbruch zu bringen und zu der Höhe zu führen, wo sie für den politischen Kampf reif werde. Wo aber die Arbeiterbewegung für ihre letzten Ziele wirken könne, mithin gerade in den modernen kapitalistischen Staaten, seien Streiks in der Regel nicht zu billigen.

Als nun im Frühling 1868 die Lohnkämpfe erneut auch nach Deutschland übergriffen, erfaßte Schweizer sofort ihre hohe, namentlich politische Tragweite, wie er denn aus Marx' inzwischen erschienenem Hauptwerk manches gelernt hatte. Er wiederholte, die Massenerkenntnis des Arbeiters beginne bei der Lohnfrage, im Streik lerne er Solidarität üben. Keineswegs würden die Arbeitseinstellungen den Arbeitern von der Bourgeoisie aufgedrängt, sie gingen vielmehr selbständig aus dem arbeitenden Volke hervor. Es sei bedeutsam, daß die Reichen die Gewährung des Koalitionsrechtes hinauszuschieben trachteten; wäre das Recht ohne praktische Bedeutung, würde man es längst zugestanden haben. Vielmehr seien die Streiks „ein geschichtlich notwendiges Übergangsstadium zur wahren Herrschaft der sozialistisch-kommunistischen Bewegung“. War Schweizer somit dem Verständnis des modernen Lohnkampfes wesentlich näher gekommen, so zeigte sich doch bald genug, daß das Wesen der beruflichen Organisation ihm nach wie vor verschlossen blieb. Das aber wurde im gegebenen Augenblick von entscheidender Bedeutung.

Inwieweit 1865 das Eindringen der Fabrikarbeitserschaft in die wirtschaftliche Bewegung die politische Diskussion verschärfte, entzieht sich der Beurteilung. Gewiß ist, daß die fortschrittlichen Arbeiter den Lohnkämpfen nicht fernstanden, gewiß auch, daß die großstädtische Opposition im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein die Gedanken der Demokratie wider die Politik der Vereinsleitung ausspielte. Seitdem hatte in den Berufen, die dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein das Gepräge gaben, die Werkzeugmaschine Fuß gefaßt, das Baugewerbe sah sich durch Entfaltung des Großstadtwesens revolutioniert, andere Industrien, vor allem die verschiedenen Zweige der Metallverarbeitung verfielen rapid dem Großbetrieb. Eine tiefe Zerrissenheit ging durch den Arbeitsprozeß der Gesellschaft, die sich bei aufsteigender Konjunktur verschärfte und auf die Arbeiterschaft übertrug. In den Lohnbewegungen von 1868 und 1869 drängt die Fabrikarbeitserschaft stürmisch vor, tritt sie der Handwerksgefellenschaft ebenbürtig zur Seite. Galt es unter solchen Verhältnissen auf wirtschaftlichem Gebiet die organisatorische Formel zu finden, die Veräusbewegung der politischen Klassenbewegung anzugliedern, so ergibt sich von selbst, daß die Lösung des Problems keine einheitliche, daß sie nur Widerspiegelung der gegebenen Tatsachen zu sein vermochte.

Als Selbstregierung der Arbeiterschaft Demokratie, als Negation des Kapitalismus Diktatur, ist auch die proletarische Organisation zweiseitigen Wesens, dessen beide Seiten in den Bedingungen des Klassenkampfes Maß- und Einklang finden, lehterhand von den Bewegungsverhältnissen des gesellschaftlichen Milieus bestimmt werden. Wiewohl die Grundlage, bleibt die Demokratie das immer wiederkehrende Problem der Arbeiterbewegung. Die politische Bewegung begann mit der persönlichen Diktatur. Die Berufsorganisation duldet eine solche nicht, und ihr Aufkommen deutet an, daß auch auf politischem Felde die persönliche der kollegialen Verwaltung zu weichen habe. Wie aber eine Kollegialverwaltung herzustellen sei, war eine Frage der Praxis, die sich für die Manufakturarbeiter und Handwerksgefelln angefaßt der durch das Klassenwesen erhaltenen oder neugebildeten Organisationen anders beantwortete, denn für die Fabrikarbeitserschaft, wo, wie gesagt, die Arbeitsstelle den organisatorischen An-

Knüpfungspunkt darstellte, die scharfe kapitalistische Konkurrenz die Branchen und Spezialitäten rasch vermehrte, Abgliederung und Grenzen des Berufs sich in vollem Flusse befanden. Man hat das Gewerkschaftsstatut der Lassalleaner ein widersinniges genannt. Mit Unrecht, wie schon der Umstand erkennen läßt, daß es offenbar von Fritzsche's Hand, dem Gründer und Leiter der Tabakarbeiterorganisation, herriührte, und die Holzarbeiter unter York's Führung es in den entscheidenden Zügen ihrer Organisation zugrunde legten. Die für dasselbe charakteristische Ausschuffidee entsprach den Bedürfnissen der erstbezeichneten Berufsschichten, und Schweizer war vollauf im Rechte, wenn er gegenüber Marx' Einwänden von der allzu diktatorischen Spitze betonte, einmal bestehe das Präsidium aus drei Personen, und zum anderen habe es in den wichtigsten und entscheidenden Fragen „gar nicht mitzusprechen, sondern einfach nach den Beschlüssen des großen, aus lauter Arbeitern bestehenden Ausschusses zu verfahren“. Als in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre die Korporativbewegung erneut einsetzte, nahm sie auch den Gedanken des Fritzsche'schen Statuts wieder auf, und erst in den letzten Jahren gelangte die Entwicklung zum Abschluß, die in der einschlägigen Gewerkschaftsgruppe die Ausschüsse aus ihrer zentralen Stellung verdrängte und ihre Befugnisse an die Organisationsvorstände übertrug, auch hier Zentralvorstand und Ortsfiliale als die Pole der Entwicklung einander gegenüberstellte und dahin gelangte, wo das auf die Fabrikarbeitserschaft zugeschnittene Gewerkschaftsstatut der Eisenacher von Anfang an gestanden hatte.

Nicht das gewerkschaftliche Normalstatut, wie wiederum Yorks und Fritzsche's Zugehörigkeit zu den Eisenachern dartut, sondern das Statut des mit der politischen Organisation sich notwendig eng berührenden Gewerkschaftsverbandes war entscheidend. Als Bebel sein Normalstatut für Gewerkschaften veröffentlichte, ließ er die Frage eines Gewerkschaftsverbandes zunächst offen. Später huldigte er mit York der Auffassung, es sollten die einzelnen Gewerkschaften sich selbständig organisieren, ihr eigenes Organ besitzen, durch eine oberste Behörde und ein von ihr herausgegebenes Zentralblatt zu einer Union verbunden sein: im wesentlichen die Organisation, die heute durch die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands verwirklicht ist. Anders die Lassalleaner. Sie hatten über der Depressionsperiode den Gedanken des politischen Kampfes immer ausschließlicher betont. Die leitenden Schichten des Vereins in die Berufsbewegung hineinzuziehen, war nur möglich, wenn diese mit der politischen eng verquickt, gewissermaßen in deren Dienst gestellt wurde. Zudem hatte sich die innere Entwicklung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins bisher in der Stärkung der Präsidialmacht vollzogen, und im gleichen Sinne behandelte man die neue Aufgabe. Präsident des Verbandes der Arbeiterschaften, wie die Lassalleaner die Gewerkschaften nannten, wurde der Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, eine Lösung, die äußerlich als Kompromiß zweier Personen — Schweizer und Fritzsche —, in Wahrheit zwischen zwei Materien, den Erfordernissen der Berufsorganisation und der herrschenden Auffassung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins erscheint, dessen Präsident jederzeit die volle Macht der politischen Organisation im Verband der Arbeiterschaften zur Geltung bringen konnte. Ausdrücklich hieß es im Statut des Verbandes, daß die Gewerkschaften ihre

Vertreter mit absoluter Vollmacht auszurüsten hätten, jede Gewerkschaft sich den Beschlüssen und Anordnungen der Generalversammlung und der Behörden des Verbandes zu fügen habe. Eine Stärkung der Präsidialbefugnisse zu einer Zeit, wo die politische Diktatur abgedankt werden mußte, und im weiteren ein Verstoß gegen die Entwicklungsbedingungen der Korporativbewegung, hatte doch die Diktatur für die anhebende Gewerkschaftsbewegung große Bedeutung. Die straffe Präsidialmacht stellte ihr die nötigen Agitatoren zur Verfügung, und wenn die Zimmererstreiks von 1868 weit über 20 000, der Streik der Leipziger Zigarrenarbeiter, der Streik in der Bauensteinschen Wagenfabrik zu Hamburg je über 5000, die Streiks der Maurer, Weber, Tischler, Metallarbeiter viele Tausend Taler verschlangen, dankte man es der durch den Präsidenten vermittelten finanziellen Unterstützung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, daß die jungen Organisationen von den Lasten der über sie hereinbrechenden Lohnkämpfe nicht sofort erdrückt wurden.

Gleichwohl stellte diese Sachlage, die die Anhänger Bebels und Liebknechts zum schärfsten Kampfe wider Schweizer spornte, auch für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein die Frage der Diktatur zur Debatte. Die Vorgänge auf der Generalversammlung zu Barmen-Elberfeld sind bekannt, die persönliche Diktatur wurde erheblich beschnitten. Aber wenn schon die weiter Blickenden sich dieser Notwendigkeit nicht verschlossen, so war die überwiegende Mehrheit der Vereinsmitglieder keineswegs mit den gefaßten Beschlüssen einverstanden, wie Schweizer auf einer unmittelbar nach der Generalversammlung unternommenen Rundreise zur Genüge erfuhr. Mit der Ausbreitung der Maschine hebt sich der heimindustrielle Charakter der im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein führenden Schichten nur desto schärfer ab — den Kern der Lassalleschen Tischlerorganisation beispielsweise bildet nach eingetretener Spaltung das überwiegend heimindustrielle Hamburg. Wohl gliedern sich dem Verein neue Berufe von gleichfalls handwerksmäßiger Technik, vor allem die Maurer und Zimmerer an, bei denen sich aus der Zunftzeit in den Vereinen der fremden Gesellen gleichfalls starke Organisationsreste erhalten haben, die die Produktions-, die Arbeitsgenossenschaft im Kampfe mit dem Unternehmertum trefflich zu gebrauchen wissen, der Korporativbewegung eine gewissermaßen traditionelle Sympathie entgegenbringen. Der Unterstützung des Vereins in hohem Maße bedürftig, können sie noch nicht daran denken, dessen Richtung bestimmen zu wollen. Dagegen haben jene heimindustriellen Schichten die Abneigung gegen den selbst inszenierten Streik nicht überwunden, empfinden sie die Angriffstreiks vielfach als Besteuerung zugunsten arger Konkurrenten. Träger des Angriffstreiks aber war die Berufsbewegung. Daher die Bemängelung ihrer teuren Verwaltung, das Zurückgreifen auf die tief in diesen Schichten wurzelnde Idee einer allgemeinen Arbeiterunterstützungskasse. Nicht eine Gewerkschaftsunion gelte es zu schaffen gegenüber dem Unternehmertum, sondern eine Unionsgewerkschaft, die die Arbeiter aller Berufe umfasse, jeden Augenblick in der Lage sei, die vereinte Macht der gesamten Klasse zur Abwehr von Übergriffen der Unternehmer in die Waagschale zu werfen. Eine Form der Organisation zudem, die sich an die des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins eng anzulehnen und damit die höchste Form auch der wirtschaftlichen Organisation zu bilden schien.

Daß Schweizer die Beschlüsse von Barmen - Elberfeld als Kränkung empfand und sie zugleich für verfehlt hielt, wird bei seiner Auffassung von der Bedeutung der Präsidialverfassung für die innere Entwicklung des Vereins nicht überraschen. Daß sich die Kerntruppen des Vereins, die von dem Präsidenten Abhilfe ihrer Beschwerden hinsichtlich der gewerkschaftlichen Organisation erhofften, mit jenen Beschlüssen nur widerwillig abfanden, mochte ihm die Situation von 1867 in die Erinnerung rufen, wo die kategorisch geforderte und durchgesetzte Stärkung der Diktatur eine Epoche rascher Aufwärtsbewegung eingeleitet hatte. So kam jene Wiedervereinigung mit der Hagfeldgruppe, die die Beschlüsse von Barmen-Elberfeld über den Kaufen stieß und diesmal zum Schaden der Sache zeigte, wie wenig in Schweizer Person und Sache sich trennen ließen. Er befriedigte das eigene Gelüst und glaubte dem Verein zu dienen. In der Tat gewann er organisatorische Stützpunkte in Sachsen, die er selbst durch Übersiedlung von Agitatoren zu lebensfähigen Gegenorganisationen zu entwickeln trachtete. Zugleich stärkte er den gewerkschaftsgegnerischen Flügel des Vereins. Nicht von ungefähr faßte Frißsche die mit Mende getroffene Vereinbarung als einen Bruch des zwischen ihm und Schweizer bestehenden Kompromisses, als unmittelbar wider die Berufsbewegung gerichtet auf. Zwar stehen sich Mendes und Schweizers Behauptungen über die Bedingungen der Verschmelzung entgegen; doch kann hinsichtlich der von dem letzteren ins Feld geführten Argumente ein Zweifel füglich nicht bestehen: Die Organisation des Arbeiterschäftsverbandes sichere der politischen die Herrschaft über die urwüchsig entstandene wirtschaftliche Bewegung, führe die letztere schließlich in das Basselesche Lager, biete dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein treffliche Werbebezirke; zudem bilde die Berufsgewerkschaft nur eine vorübergehende Organisationsform, die offenbar im Begriff stehe, in eine dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein adäquate, einen Arbeiterunterstützungsverband, wie der Plan bereits Bassele beschäftigt habe, hinüberzugleiten. Auch Mende versocht, unmittelbar nachdem Schweizer und die Hagfeld sich erneut entzweiten, den Plan einer allgemeinen Arbeiterversicherungsgesellschaft, eine Idee, von der er nicht den Namen begriff, und die ihm bei der Unfähigkeit, originale Ideen zu haben, von Schweizer zweifelsohne eingeblasen war.

Die abschüssige Bahn war beschritten. Das ergab unzweideutig die Antwort, die Schweizer zuteil ward. Was ihm selber nicht gelingen wollte, in die Domäne des Gegners einzubrechen, gelang Webel und Liebknecht nunmehr desto erfolgreicher. Dem Mendecoup folgte die Gründung der Eisenacher Arbeiterpartei. Suchte Schweizer die Präsidialmacht durch Anlehnung an die wirtschaftliche Bewegung zu stärken, die letztere unmittelbar zu einem Werkzeug der ersteren zu machen, so verlangten die Eisenacher die organisatorische Selbständigkeit von Partei und Gewerkschaft, stellten sie der diktatorischen Vereinsverfassung die demokratische Parteiverfassung entgegen, die die Vereinsgeneralversammlung durch den Parteitag, den Vereinspräsidenten durch den Parteivorstand, den über Deutschland verstreuten Vereinsvorstand durch die an einem Orte sitzende Kontrollkommission, die Vereinsmitgliedschaft durch den sozialdemokratischen Verein, den Bevollmächtigten des Präsidenten durch den selbst gewählten Vorstand des Ortsvereins oder, wo Ortsvereine sich nicht durchführen ließen, nach dem Be-

schluß des Stuttgarter Kongresses durch den Vertrauensmann der örtlichen Parteigenossen ersetzt. Welche Vorzüge die Lassallesche Organisation besaß, die Eisenacher begriffen, daß die Stunde gekommen war, wo der Klassenstaat dem Zentralismus der Arbeiterbewegung den Krieg auf Tod und Leben erklärte. „Ohne Zentralisation ist die Sozialdemokratie tot, die sozialdemokratische Bewegung hat dann keine Bedeutung mehr“, meinte Tessendorf. Den zentralistischen Organisationsgedanken auf dezentralistischer Grundlage lebendig zu erhalten, straffte Bewegung des Ganzen mit freier Bewegung der Ortsgruppen zu verbinden, den Mechanismus der Vereinsverwaltung aufzulösen in die lebendige Einheit des Parteigedankens und des Parteiprogramms, das waren die Fortschritte über die Lassallesche Organisation hinaus und zugleich die entscheidenden Richtlinien der Zukunft.

Wollte Schweizer das Spiel nicht verloren geben, dann blieb ihm nur übrig, die beschrittene Bahn weiter zu wandeln, die Hemmnisse, die der Präsidialmacht ob der einsehenden Streitigkeiten nunmehr aus der Berufsbewegung selber entsprangen, durch Ausspielen des Arbeiterschaftsverbandes wider die einzelnen Arbeiterschaften niederzuschlagen. Auf die Dauer undurchführbar, drängte diese Taktik dazu, mit dem Gedanken einer allgemeinen Arbeiterunterstützungskasse, der Auflösung der Gewerkschaften in eine einzige Generalgewerkschaft Ernst zu machen. Der Kampf um die Präsidialmacht, in dem Schweizer selbst vor vermeintlichen politischen Mitteln nicht zurückschreckte, das Ringen zwischen den beiden großen Flügeln der Arbeiterbewegung um die politische Führung der Klasse spitzte sich zu auf die Frage der gewerkschaftlichen Organisation. Heute, wo sich rückschauend der Gang der Dinge überblicken läßt, ist es leicht, die Ausichtslosigkeit von Schweizer's Beginnen zu erkennen. Damals aber war es das keineswegs. Nicht nur erfreute der Gedanke der Unterstützungskasse sich eines großen und traditionellen Ansehens, schienen sie den organisatorischen Bedürfnissen der Arbeiterschichten zu entsprechen, die immer noch die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft bildeten, die wachsende Zermürbung des Wirtschaftslebens warf die Frage auf, ob überhaupt dem zentralen Berufsverband die Zukunft gehöre, bedeutete doch die Ausbreitung der Maschine in mehrfacher Beziehung eine Stärkung lokalistischer Gesichtspunkte. Mehrere Jahre hindurch steht die Frage, ob Unionsgewerkschaft oder Gewerkschaftsunion, im Vordergrund der Erörterungen innerhalb der Arbeiterschaft. Aber Schritt um Schritt drängte die wirtschaftliche Sturmbewegung zu Beginn der siebziger Jahre zur Wiederanerkenntung der Berufsorganisation, zur Rückverwandlung der Unterstützungskasse in einen Verband selbständiger Gewerkschaften, eine Entwicklung, die in der Lassalleschen Organisation den Einfluß der alten führenden Gruppen zurücktreten ließ, die Führung in die Hand der gewerkschaftsfreundlichen, im Norden der Bauberufe legte.

Es war der volle Sieg der Organisationsidee der Eisenacher. Er gestaltete sich um so bedeutungsvoller, als sie, wie sie zäh und unbeirrt ihren Organisationsgedanken festhielten und ihn mitten in den Lohnkämpfen des Jahres 1872 auf dem Erfurter Gewerkschaftskongreß aufs neue klar und scharf formulierten, zugleich auf dem Boden des lokalen Kartells richtunggebend auftraten, Berufskartell und örtliche Zentralkasse in das rechte Verhältnis zu setzen wußten. Denn dort, wo die ersten Gegensätze aufsprangen, auf dem Boden des lokalen Kartells, kamen sie unter dem Drucke gemein-



samer Kämpfe und gemeinsamer politischer Verfolgungen auch zur ersten Versöhnung. Und wie seinerzeit nicht die überlegene ökonomische Einsicht eines Marx und Engels, sondern die Organisation Lassalles den Ausschlag gab, lag auch diesmal der Schwerpunkt bei den organisatorischen Fragen. Mochte das Gothaer Einigungsprogramm der tieferen sozialistischen Erkenntnis der Lassalleaner zum ausgiebigen Rechte verhelfen; daß sie sich mit dem politischen Organisationsgedanken der Eisenacher und ihrer richtigeren Erkenntnis der Berufsbewegung hatte paaren müssen, trug das Lassalleaner-tum für immer zu Grabe.

Beim ersten Auftauchen der neuen Berufsbewegung nach dem Kriege trat Schweitzer vom Präsidium zurück. In einem letzten Manifest wenige Monate später befürwortete er die Einigung der Fraktionen, ohne freilich zur Berufsbewegung auch jetzt das rechte Verhältnis zu finden. Der Mann, dessen Name lange Jahre das Feldgeschrei wider Bourgeoisie und Klassenstaat gewesen, wurde von den eigenen Anhängern versemnt und geächtet.

Doch dieses Urteil wird nicht das Urteil der Nachwelt sein. Sie wird Schweitzer nicht von menschlichen Schwächen und politischen Fehlern freisprechen, aber sie wird sich auch der Erkenntnis nicht verschließen, daß sich die großen und entscheidenden Momente seiner Politik, die Gründe des Aufstiegs wie des Abstiegs aus dem sachlichen Untergrund, der Schichtung und dem Kampfe der Gruppen innerhalb der Arbeiterklasse selber erklären. Mit Mut, Ausdauer und Geschick hat er Lassalles Schöpfung zu einem festen Fundament der deutschen Arbeiterpartei ausgemauert, hat er dem größeren Lebenswerk Bebel's und Liebknecht's die Bahn gebrochen, das ohne Schweitzer's Wirken nicht möglich gewesen wäre, und das sich doch nur im Kampfe wider Schweitzer durchzusetzen vermochte, weil ihn das Fußgewicht der historischen Stellung auf seiten der Mächte hielt, die die gesellschaftliche Umwälzung selbst aus der Führung der Klasse verdrängte. Unter ihren Denkern und Führern darf ihn die deutsche Arbeiterklasse mit Auszeichnung und Ehren nennen.

## Die braunschweigische Wahlreform.

Von Richard Wagner.

Kurz vor dem Zusammentritt des Reichstags ist der Landtagswahlreformentwurf der braunschweigischen Regierung veröffentlicht worden. Er ist ein Angstprodukt und wurde von der Regierung durch die Braunschweiger Wahlrechtskämpfer abgetrokt. Das ging aus den Verhandlungen im Februar vorigen Jahres, in denen die Grundsätze der Wahlreform festgestellt wurden, ohne weiteres hervor. Inzwischen hat sich der Regierung die Unzufriedenheit des Volkes auch noch zahlenmäßig bemerkbar gemacht. Bei den Landtagswahlen Ende vorigen Jahres war die bürgerliche Beteiligung geradezu kläglich. An vielen Orten wurden in der dritten Klasse nur sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Es war im ganzen Lande rot gewählt worden, dennoch brachte das Dreiklassenwahlsystem einen sozialistenreinen Landtag zustande. Das zweite Menetekel war die Reichstagswahl. Zwei der drei Wahlkreise des Landes wurden von den Sozialdemokraten ohne Stichwahl erobert. Im dritten, nicht eroberten musterten wir eine achtung-